

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Jernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1539
Circuloff Riesa Nr. 52.

Nr. 27.

Montag, 2. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen: eine Gewächs für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 4 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 10 mm breite, 4 mm hohe Zeile 30 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlan, feste Tarife, fremdsprachiger Satz 150%, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Interaktionsbeilage „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Deutschland und Frankreich.

Das Reichskabinett hat in der Frage der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen einen außerordentlich wichtigen Beschluß gefaßt, indem es sich entschloß, die Verhandlungen mit Frankreich fortzusetzen, mit dem Ziele, den Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages für die Waren des deutschen Exportes de facto die Weisbegünstigung zu erzielen. Da jetzt über ein Provisorium verhandelt wird, so wird Deutschland für eine gewisse Uebergangszeit erhebliche Zugeständnisse machen und die Weisbegünstigungsfrage bis zur definitiven Regelung zurückstellen. Von unrichtiger Seite erfahren wir, daß dieser Beschluß der Reichsregierung nicht nur die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Paris sichert, sondern auch schon jetzt eine deutsch-französische Wirtschaftsvereinbarung in großartigstem Rahmen ins Auge gefaßt hat.

Reichsminister Dr. Luther hat in seinen Erklärungen gegenüber der Auslandspresse auf die Wichtigkeit der gegenwärtig stattfindenden Wirtschaftsbeziehungen hingewiesen, da durch die Anknüpfung engerer wirtschaftspolitischer Beziehungen auch die politischen Interessen der beteiligten Länder sich lohnenderweise annähern müßten. Damit hat der Kanzler die grundlegende Frage der künftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in den Vordergrund gerückt, sodas der entgegenkommende Beschluß der Reichsregierung in der Frage der Wirtschaftsbeziehungen als der Auslast zur Befreiung der politischen Konflikte bezeichnet werden kann. Wie wir hören, werden jetzt die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen schon in den nächsten Tagen ihren Fortgang nehmen, sodas sich sehr bald zeigen wird, welche politischen Auswirkungen sich aus einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen den beiden Ländern ergeben werden. Ohne irgendwelchen übertriebenen Optimismus läßt sich sagen, das man in den Berliner Regierungskreisen die außenpolitische Situation auf Grund der überaus günstigen Wirkung der Reichskanzlerrede im Ausland und infolge der Entspannung der wirtschaftlichen Gegensätze wesentlich hoffnungsvoller beurteilt, als dies im ersten Augenblick nach der scharfen Rede Herrlots der Fall war.

Die französischen Regierungskreise kündigen jetzt direkte politische Verhandlungen zwischen Berlin und Paris an. Ob ihre Informationen vom Quai d'Orsay inspiriert worden sind, läßt sich zur Stunde von hier aus nicht feststellen, aber man glaubt in den Kreisen des Auswärtigen Amtes, das auch die französische Regierung den Wunsch haben wird, zu einem Meinungsaustausch mit der deutschen Regierung zu gelangen, nachdem namentlich in England das Verhandlungsangebot des Reichskanzlers Dr. Luther einen völligen Stimmungsumschwung gegenüber Deutschland hervorgerufen hat. Man ist sich selbstverständlich darüber klar, das ausgesprochen freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erst in fernerer Zukunft einmal im Bereiche der Möglichkeit liegen können, aber man glaubt, das der Zustand der Entspannung, der unmittelbar nach der Londoner Konferenz zwischen den beiden Ländern eingetreten war, jetzt wieder hergestellt werden kann, wenn die französische Regierung auf das deutsche Angebot eingeht. Es handelt sich dabei um ein wirtschaftliches und um ein politisches Entgegenkommen Deutschlands. Beides stellt eine wesentliche Voraussetzung für eine Lösung der Räumungsfrage dar, die für die deutsche Regierung von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Wenn jetzt die Besprechungen zwischen Paris und Berlin aufgenommen werden sollten, so ist es daher ganz selbstverständlich, das man deutschseits an der Fortsetzung festhält, das nicht nur die nördliche Rheinlandzone, sondern auch das gesamte Ruhr- und Sanktensgebiet geräumt werden wird und alle weiteren Voraussetzungen dafür geschaffen werden, das die Bestimmungen des Friedensvertrages auch Deutschland gegenüber von den alliierten Mächten respektiert werden.

Der Eindruck der Kanzlerrede in Paris.

Paris. Die Rede des Reichskanzlers Dr. Luther hat, wie aus den verschiedenen Pressebesprechungen ungewöhnlich hervorragt, einen günstigen Eindruck gemacht, und nach der Cre Nouvelle zu urteilen, den Verfall der französischen Regierungskreise gefunden. Das Blatt stellt fest, das Dr. Luther für die Verständigung arbeitet und eine ehrenhafte Verhandlungsbasis vorschlägt. Mit gewissen Vorbehalten greift er auf die Formel zurück, die Herrlot in Genf zur Geltung gebracht habe. Die Rede Herrlots habe ihre Wirkung getan. Die sehr energische und klare Haltung des Ministerpräsidenten habe es Dr. Luther ermöglicht, sich der Umklammerung der Monarchisten zu erwehren. Dr. Luther habe zu Besprechungen ein und denke in ziemlich klarer Weise die Grundzüge an, die er als Grundlinien für die Aussprache aufgestellt hat. Frankreich müsse so schnell wie möglich in zukünftigem Sinne antworten, um festzustellen, ob es möglich sei, die Politik der beiden Länder in Einklang zu bringen. — Mit Ausnahme der Reichspresse, die der Rede Luthers mit starkem Zweifel begegnet, sehen die Morgenblätter im allgemeinen in der Rede den Ausdruck des deutschen Verständigungswillens.

Die Inspektionen der Kontrollkommission beendet.

Paris. Der Berliner Berichterstatter des „Matin“ meldet, das General Wallis, der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission in Begleitung der Vertreter der britischen Militärmission sich nächste Woche nach Paris begeben wird, um der Vorkonferenz persönlich seinen Schlussbericht über die Abrüstung Deutschlands zu unterbreiten.

Kommunistische Werbearbeit.

Die rote Armee.

München. Der hiesigen Polizei ist es gelungen, den Organisator des kommunistischen Ordnungsdienstes, Ernst Südbauern, in der Person des 25-jährigen Monteurs Mayer festzunehmen. Bei Mayer wurde umfangreiches Material gefunden, nach dem die Stärke des Ordnungsdienstes bis jetzt 655 Mann beträgt. Die politischen Ermittlungen über das Wesen dieser Organisation haben ergeben, das sie als eine kommunistische Schule für den Bürgerkrieg zu betrachten ist. Die KPD will sich mit dem Ordnungsdienst eine stoff organisierte Kerntruppe schaffen, der die Aufgabe zukommt, bei bewaffnetem Ausbruch die Führung der Massen zu übernehmen und den Grundstock für eine rote Armee zu bilden. Dem Ordnungsdienst angegliedert ist ein Nachrichtenendienst, ein Zerlegungsdienst ein Sanitätsdienst und ein Verbindungsdienst. Auf Grund vorgefundener Materials sind bis jetzt 33 Personen verhaftet worden. Das Reichsgericht in Leipzig wird sich mit der Strafverfolgung befassen.

Halle a. S. Die gestern von kommunistischer Seite nach Halle einberufene Betriebsratkonferenz für den mitteldeutschen Bergbau, zu der 66 Personen (darunter 30 Betriebsräte) erschienen waren, währte der mitteldeutsche Bergbau 25 Betriebe mit mehr als 2000 Betriebsräten umfaßt, wurde von dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Rosenbaum eröffnet. Reichstagsabgeordneter Roosen betonte in seinem Referat die Notwendigkeit, den Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung den kommunistischen Parteizwecken dienlich zu machen und die Führung in die Hände der kommunistischen Funktionäre zu bringen, um so die von der KPD aufgestellten Forderungen durchzusetzen. Bis zum 8. Februar müßten die Kampfmaßnahmen vorbereitet sein. Im Ruhrgebiet sei alles vorbereitet und man warte nur noch auf die Mitwirkung der mitteldeutschen Bergarbeiter. Zunächst müßte die Forderung einer vierprozentigen Lohnerhöhung erhoben und die Bergarbeiterkraft in den Bergarbeiterverband gedrängt werden. Eine Entschärfung der Konferenz fordert die Herausgabe der angelegten 7000 Inhaftierten. Die Tendenz der ganzen Veranstaltung geht auf die Vorbereitung eines Streiks der gesamten deutschen Bergarbeiterkräfte aller Bergbauzweige unter Führung der kommunistischen Partei.

Bevorstehender kommunistischer Prozeß.

Leipzig. Wie verlautet, steht wenige Wochen nach dem Prozeß gegen die deutsche „Rosa“, der bekanntlich am 10. Februar beginnt, ein weiterer umfangreicher Hochverratsprozeß gegen bekannte kommunistische Führer vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bevor. In a. sind angeklagt die Mitlieder der kommunistischen Parteizentrale in Berlin (Reinhold, Zöcker, Roosen, Fröhlich, Becker, Pfeiffer, Lindau und Felix Schmidt). Auch dieser Prozeß wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

Deutschland und Rußland.

Auf Grund zuverlässiger Informationen sind wir in der Lage, mitzuteilen, welches die beabsichtigten Nachrichten sind, die der französische Ministerpräsident Herrlot aus Berlin erhalten hat, und die ihn veranlaßt haben, sich in so scharfer Weise gegen Deutschland auszusprechen. Danach handelt es sich um ein in diplomatischen Kreisen verbreitetes Gerücht, die russische Sowjetregierung beabsichtige an Deutschland heranzutreten, um ihm ein Bündnisabkommen vorzuschlagen. Tatsächlich können russische diplomatische Kreise in Berlin offensichtlich dieses Gerücht verbreitet zu haben, um damit die Position Rußlands bei den gegenwärtig stattfindenden Vorbesprechungen zwischen ihm und den alliierten Regierungen zu stärken. Es ist selbstverständlich, das die deutsche Regierung diesem russischen Manöver vollkommen fern steht und nicht die mindeste Neigung besitzt, auf irgendwelche abenteuerlichen Pläne der russischen Bolschewisten einzugehen.

Aus dem Reichstag.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist für Mittwoch, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr einberufen worden. Der Ausschuss wird sich in dieser Sitzung mit der Zoll- und Handelspolitik im Rahmen der Außenpolitik und mit der Pariser Finanzministerkonferenz beschäftigen.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstags über die Kreditpolitik der Reichspost u. s. w. wird am Mittwoch, den 4. Februar, vormittags eine Sitzung abhalten, die sich hauptsächlich mit der Verteilung des Arbeitslohes unter Berücksichtigung der bisherigen Tätigkeit des Preussischen Untersuchungsausschusses beschäftigen wird.

Der Verwaltungsrat der Reichspost wird am Donnerstag, den 5. Februar, zusammenzutreten, um den Bericht des Untersuchungsausschusses zur Ermittlung der Kreditpolitik der Reichspost entgegenzunehmen. Der Untersuchungsausschuss hat seine Arbeit im wesentlichen beendet und ist zu dem Ergebnis gekommen, das die Kreditgewährung nicht zu billigen sei. Strittig ist nur die Frage, inwieweit einzelne Beamte der Verwaltung ein Verschulden trifft.

Dr. Stresemann über „Akademiker und Politik“.

Halle. Am gestrigen letzten Abend der akademischen Tagung der Deutschen Volkspartei sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann über „Akademiker und Politik“. Dabei führte er u. a. aus: „Akademiker und Politik“ ist ein niemals zu erschöpfendes Thema, zu dem jede neue Generation erneut Stellung nehmen kann. Unter besonders schwierigen Bedingungen tritt heute die akademische Jugend in das Leben, anders darum als früher, muß diese Jugend heute den öffentlichen Dingen gegenüber stehen. Die deutsche Studentenschaft ruhm sich, ein Hort des nationalen Wirkens zu sein, aber das Behalten an der Tradition führt nicht zur Erhaltung der Meinung, sondern nur die wirkliche Mitarbeit an der Gegenwart. Die politische Betätigung der deutschen Akademiker muß die Staatsbeziehung zum Ausgangspunkt haben, nicht die Befämpfung des Staates, weil seine äußere Form nicht gefällt. Man träumt von Macht, nur die Realität unserer Verhältnisse ist vorhanden. Man vergißt, das die ideale Kraft der Nation nur lebendig wirken kann, wenn die Herstellung der Volkseinheit zu ermöglichen ist. Verkommen wir nicht, das wir noch heute in einem revolutionären Zeitalter leben. Würde man bei den Referaten über der gewaltigen Einfluss jüdischer Kreise sich auch darüber klar sein, das dieser Einfluss sich vielfach erst aus der Ueberlegenheit, die das Verbundenheit jüdischer Kreise mit dem geistigen Leben der Gegenwart ihnen vor denjenigen gibt, für die das Leben mit Erfüllung der Berufspflicht abgelaufen ist.

Vor der Entscheidung in Brücken.

Ein Versuch zur Wiederherstellung der großen Koalition.

Berlin, 2. Februar. Der preussische Ministerpräsident Brauns ist mit den Führern der völkischparteilichen Landtagsfraktion in Verhandlungen eingetreten, um die große Koalition wiederherzustellen. Die völkischparteilichen Führer haben sich jedoch, wie wir hören, ablehnend verhalten und jede Diskussion mit dem Ministerpräsidenten verweigert, mit dem Hinweis darauf, das sie von ihrer Fraktion nicht ermächtigt seien, zu verhandeln. Die völkischparteiliche Fraktion wird voraussichtlich am Dienstag eine Sitzung abhalten, in der sie über die Frage eines Wiedereintritts in die preussische Regierung Beschlüsse fassen wird. Man nimmt jedoch an, das sie die Wiederherstellung der großen Koalition ablehnen und auf dem Standpunkt verharren, gegen ein Kabinett Brauns in scharfer Opposition zu stehen. Wie wir bereits erfahren, wird Ministerpräsident Brauns in einem solchen Falle seine Verbindungen einstellen, sodas der preussische Landtag nochmals zur Wahl des Ministerpräsidenten zu schreiben hätte.

Eine Denkschrift über die Beamtensoldung.

Berlin. Dem Reichstage ist eine Denkschrift über die Entwicklung der Beamtensoldung von 1897 bis zum Dezember 1924 zugegangen. Aus der Denkschrift geht hervor, das die Bezüge der Beamten der mittleren und oberen Beamtensoldungsgruppen sowohl seit 1897 wie auch seit 1913 erheblich weniger aufgebessert worden sind als die der unteren Beamtensoldungsgruppen. Infolgedessen ist bei den Grundgehältern und noch mehr bei den Gesamtbegehungen eine Aufamendrängung der Spannungen eingetreten. In der Privatwirtschaft sind die Spannungen größer. Die Privatwirtschaft bezahlt ihre gut vorgebildeten und in leitender, verantwortlicher Stellung befindlichen Angestellten verhältnismäßig erheblich besser als das Reich seine vergleichbaren Beamten, während dies bei den Beamten der unteren Beamtensoldungsgruppen verhältnismäßig Angehörigen nicht der Fall ist. Die 1913 zwischen den Bezügen der Beamten der heutigen Beamtensoldungsgruppen III, VIII und XI bestehenden Spannungen von 1:2,55:4,4 sind bei der geltenden Regelung auf 1:2:3,3 zusammengedrückt. Die Denkschrift stellt weiter fest, das zu dem System des Wohnungszuschusses zurückgeführt werden mußte, nachdem sich das System des Ortszuschlages auf die Dauer als unhaltbar erwiesen hatte. Die Familienzuschläge stellen bei der heutigen Regelung für verbeiratete Beamte der unteren Beamtensoldungsgruppen bereits einen großen Teil ihrer Gesamtbezüge dar. Eine weitere Erhöhung des Familienzuschlages werde die Gefahr in sich, das zwischen den Bezügen eines verbeirateten Beamten mit mehreren Kindern und denen eines ledigen Beamten ein Verhältnis entstehen könnte, das mit beamtensoldungspolitischen Gesichtspunkten nicht mehr zu vereinbaren wäre. Der Denkschrift ist eine Uebersicht über die Entwicklung der Beamtensoldung beigefügt. Aus dieser ergibt sich, das die Grohsoldungspreise seit 1897 um insgesamt 68,1 Prozent gestiegen sind. Davon entfallen auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 29,6 Prozent. Die Kleinhandelspreise stiegen sich unter Einrechnung der Wohnungskosten insgesamt um 51,9 Prozent, wovon auf die Zeit von 1913 bis zum Dezember 1924 22,3 Prozent entfallen. Die Arbeiterlöhne haben sich seit 1897 um insgesamt 97,9 Prozent für ungelernete und 70,3 Prozent für gelernete Arbeiter erhöht, wovon wiederum auf die Zeit von 1913 bis Dezember 1924 20 bzw. 11 Prozent entfallen. Für die Zeit von 1897 bis 1913 ergibt sich bei den Reichsbeamten in den unteren Beamtensoldungsgruppen eine Steigerung von insgesamt 65 Prozent, in den mittleren Gruppen eine solche von 24 Prozent und in den höheren Gruppen von 10,4 Prozent. Seit 1913 beträgt die Steigerung in den unteren Gruppen 32, in den mittleren Gruppen 6 Prozent; in den höheren Beamtensoldungsgruppen ist seit 1913 eine Verminderung um ein Prozent eingetreten.